

Offener Brief von Heiner Flassbeck an Rudolf Hickel      Genf, 17.5.2010

Lieber Rudolf Hickel,

auch Sie haben am 3.5. 2010 in einem Papier der Universität Bremen (Drakonische Disziplinierung und Hilfspakete: Keine nachhaltige Lösung für Griechenland – Eine Umschuldung wird unvermeidbar), die „Umschuldung Griechenlands als unvermeidbar“ erklärt, und Sie haben bei der Gelegenheit meine Kritik an der Staatsbankrott-These zurückgewiesen.

Ich möchte auf diesem Wege versuchen zu erklären, dass Sie sich besser der Stimme enthalten hätten bei einer Frage, die nicht nur wissenschaftlich anspruchsvoll ist, sondern auch eine lange Geschichte hat und zudem politisch äußerst delikat ist.

Zunächst gibt es, anders als Sie suggerieren, keine „gängige Definition“ von „Staatspleite“. Es gab eine über 20 Jahre dauernde internationale Diskussion um neue Regeln zum sovereign default von Entwicklungsländern, die zu Beginn dieses Jahrhunderts begraben wurde, weil es nicht einmal im Ansatz gelang, sich auf eine vernünftige Definition zu einigen.

Hier kommt der entscheidende Punkt: Eine solche Definition konnte man nicht finden, weil, wie auch Ihre Einlassungen zeigen, schon die Grundvoraussetzung für einen Default bei Staaten normalerweise niemals gegeben ist. Staaten können nicht zahlungsunfähig im Sinne von illiquide werden, solange sie Schulden in ihrer eigenen Währung haben. Zahlungsunfähig wird man als Unternehmen oder Privatperson nämlich genau dann, wenn man nicht mehr mit allgemein anerkanntem Geld bezahlen kann, weil man dieses Geld nicht drucken kann. Das aber ist das unerhörte Privileg von Staaten, sie können ihr eigenes Geld drucken!

Ein Staat, besser wäre es hier zu sagen, ein Land, wird deshalb nur dann zahlungsunfähig, wenn die Liquidität in fremder Währung (also einer Währung, die der Staat in diesem Land nicht selbst drucken kann) knapp wird, das Land als Ganzes aber wegen eines großen Leistungsbilanzdefizits kurzfristig auf genau diese fremde Währung angewiesen ist. Diese von Ihnen „fiskalische Notlage“ genannte Situation, die aber gar keine „fiskalische Notlage“ ist, wird in der Tat üblicherweise – wiederum genau umgekehrt wie Sie argumentieren – durch Spekulanten hergestellt.

Das geschah in den meisten Fällen von Finanzkrisen (nicht Staatsschuldenkrisen!) in der Vergangenheit dadurch, dass Spekulanten über Jahre die Währungen von Ländern aufwerteten, die eigentlich wegen ihrer relativ hohen Inflation hätten abwerten müssen. Argentinien, Brasilien, Korea, Mexiko und Russland sind klassische Fälle, Island und Ungarn sind Fälle neueren Datums. Dort hatte die Spekulation mit Zinsdifferenzen zunächst zu einer Überbewertung der Länder geführt, dies wiederum hatte wegen des andauernden Verlusts von Marktanteilen unhaltbare Leistungsbilanzdefizite entstehen lassen, die dann zur Spekulation auf eine Abwertung den entscheidenden Anlass gaben. Mit solchen Spekulationen, heute üblicherweise verharmlosend „carry trade“ genannt, wurde das Land von den „Märkten“ schließlich dafür bestraft, dass die gleichen „Märkte“ zunächst ein zu großes Vertrauen in das Land hatten.

In diesen Fällen von Devisen – oder Reservenknappheit muss die internationale Gemeinschaft in der Tat helfen, weil sonst die Währung des betroffenen Landes ins bodenlose stürzt und die zumeist externe Verschuldung ins Unermessliche treibt (in heimischer Währung gerechnet). Hätte man allerdings ein vernünftiges internationales Währungssystem, das die Wettbewerbspositionen von Volkswirtschaften quasi automatisch ausgleicht (siehe z. B. Trade and Development Report der UNCTAD von 2009), bräuchte man den IWF mit seiner meist gefährlichen und sinnlosen Konditionierung der Hilfen überhaupt nicht.

Die Konditionen des IWF braucht man nur, weil es kein funktionierendes internationales Währungssystem gibt und der IWF glaubt, man könne das „Vertrauen“ der Märkte nur auf diesem Wege wiederherstellen. Dieses „confidence game“ ist aber so ziemlich die absurdeste Weise, wie man diesen Krisen begegnen kann. Ich bin mehr als erstaunt, dass diese Bibliotheken füllende internationale Diskussion offenbar an Ihnen vollständig vorbeigegangen ist. Jenseits meiner Vorstellungskraft war allerdings, dass jemand ernsthaft glaubt, für weniger entwickelte Länder hätten Abwertungen keine positiven Auswirkungen (siehe Ihre Aussage über den „mangelnden Sachverstand“), Alle Länder, auf die Sie hinweisen und die wir hier in Genf (und der IWF in Washington) vor und nach Krisen untersucht haben, brauchten nichts mehr als eine Abwertung, um ihre hoffnungslose außenwirtschaftliche Situation zu bereinigen (nicht aber einen Forderungsverzicht, der sie vor dem Staatsbankrott bewahrt hätte, wie Sie fälschlich glauben). Argentinien ist der klassischste der klassischen Fälle. Wer allerdings so leichtfertig und unkritisch mit dem Begriff des „Bankrotts“ um sich schlägt, dem erschließen sich solche Feinheiten natürlich nicht.

Im Falle Griechenlands „verweigern“ Ihrer Meinung nach die ach so rationalen „Märkte“, die „Anleger“, die Anschlussfinanzierung, weil die Zahlungsunfähigkeit droht, die von den hohen Zinszahlungen des Staates ausgeht. Es mag schwer zu verstehen sein, aber Staaten, die ihre Zinsen vor allem an die eigenen Bürger zahlen, können sich, wenn sie nicht Geld drucken wollen, selbst die Zinsen über Steuern wiederholen und sind noch lange nicht zahlungsunfähig.

Griechenland wie die anderen Südeuropäer sind aber vor allem im Ausland verschuldet, weil sie von unter anderem von Deutschland durch Lohndumping in hohe Leistungsbilanzdefizite getrieben worden sind und sie können das Geld, das sie zum Zahlen brauchen, nicht mehr alleine und autonom drucken. Das ist das Problem, offensichtlich ein ganz anderes als in Argentinien und Russland, aber auch ein außenwirtschaftliches Problem. Der nun beschlossene Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB ist folglich die vollkommen systemgerechte Lösung, weil man damit anerkennt, dass die EWU in dieser Frage einem Nationalstaat gleichzusetzen ist.

Nur wer das außenwirtschaftliche Problem innerhalb der EWU für unlösbar hält, kann überhaupt zu dem Schluss kommen, ein Land in der Eurozone sollte einen radikalen (und für sein gesamtes Bankensystem extrem gefährlichen Schritt) wie „staatliche Umschuldung“ in Erwägung ziehen. Aber selbst das wäre nicht zielführend, weil es ja die Lösung des außenwirtschaftlichen Problems nicht vorantreiben, sondern bestenfalls vertagen würde.

Wer das außenwirtschaftliche Problem innerhalb der EWU für unlösbar hält, muss in der Tat Ausscheiden empfehlen. Nur wer ausscheidet und abwertet kann sein Kernprob-

lem beseitigen, wie hoch im Übrigen auch immer die Kosten einer solchen Aktion sein würden. Ausscheiden müssten dann aber alle Länder, die einen Mittelmeerstrand haben.

Es wäre allerdings ein politisches Armutszeugnis ersten Ranges, wenn Europa nicht ein einziges Mal - bevor es zusammenbricht - versuchen würde, dieses Problem auf rationale Weise zu lösen. Das geht aber ohne Deflation nur dadurch, dass in Deutschland die Lohnstückkosten (also grob Nominallöhne minus Produktivität) für einige Jahre etwas stärker als das gemeinsam festgelegte Inflationsziel von zwei Prozent (und damit wesentlich stärker als bisher) wachsen und in den anderen Ländern leicht darunter. Das ist aber sowieso in internationaler Währung gerechnet unumgänglich, weil auch der Rest der Welt die deutschen Überschüsse nicht mehr akzeptiert.

Ob Sie es glauben oder nicht, die größte Volkswirtschaft Europas muss lernen, mit der Tatsache zu leben, dass in einer Marktwirtschaft die Produktion und das Einkommen daraus für die Menschen da ist und nicht umgekehrt!